

Bocholter-Borkener Volksblatt

Nummer 54

Donnerstag, den 24. Februar

Jahrgang 1927

Das Arbeitszeitgesetz vor dem Reichsrat.

Berlin, 23. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung (Arbeitszeitgesetz) dem Reichsrat vorgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist in Aussicht auf den nur vorläufigen Charakter der Regelung und auf die große Eilebedürftigkeit mit dem Gesetzentwurf nicht befaßt worden.

Inhaltlich bringt der Gesetzentwurf eine Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung in denjenigen Punkten, die besonders zu Klagen über die lange Arbeitszeiten Anlaß gegeben haben. Zu Paragraph 6 der Arbeitszeitverordnung wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Tarifvertrages die Behörde noch während dreier Monate keine längere Arbeitszeit genehmigen kann, falls sie nach dem Tarifvertrag zulässig war. Ferner wird für behördlich zugelassene Mehrarbeit von Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entbehrlicher Mehrarbeit entgegenzuwirken. Eine Änderung des Paragraphen 9 macht die Verlängerung der Arbeitszeit über 10 Stunden hinaus, die aus dringenden Gründen des Gemeinwohls ausnahmsweise zulässig ist, von einer behördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Abänderung freier Spielraum gelassen war. Die wichtigsten der im Entwurf vorgesehenen Änderungen ist wohl die Aufhebung des Paragraphen 11 Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung, der eine auf ungeschickte, aber von den Arbeitnehmern freiwillig geleistete Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für straffrei erklärt. Diese Bestimmung hat, wie hierzu erklärt wird, die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften ungünstig beeinflusst und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

Die Mieten werden erhöht.

Berlin, 23. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Durch das Gesetz über den Mietvertragsausgleich ist die Mietpreisbremse vom 1. Juni 1926 war die gesetzliche Miete bis zum 31. März 1927 auf 100 p. 100

Die Mißtrauensanträge gegen Hirtfelder und Becker abgelehnt.

Die Großhamburg-Frage vor dem Landtag.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 23. Februar. (Drath.) Bekanntlich liegt Preußen nicht nur mit dem Reich am politischen Krieg und zwar wegen der Siedlungsfrage, sondern hat auch gegen Hamburg eine Fehde auszuspielen, nämlich wegen des Unterelbproblems. Zu dieser sogenannten Großhamburg-Frage nahm Ministerpräsident Braun in der Ministerversammlung des Landtages in einer temperamentvollen Rede Stellung und ergänzte begründet hat der Innenminister Grzesinski den Standpunkt Preußens. Die ausgedehnte Debatte über diesen Streitfall wurde jedoch durch die mit Spannung erwarteten Abstimmungen über die kommunalistischen Mißtrauensanträge gegen den Wohlfahrtsminister Hirtfelder und den Kultusminister Dr. Becker unterbrochen.

Um namentlich den Sozialdemokraten einige Anknüpfepunkte zu geben, entstellten die Kommunisten zunächst eine etwas leidenschaftliche Gefühlsregung auszuspielen. Sie verlangten nämlich — allerdings erfolglos — daß an erster Stelle über den Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Dr. Becker entschieden werden sollte, damit die Sozialdemokraten und Demokraten genügend Zeit hätten, sich ihre Stellungnahme zum Wohlfahrtsminister Hirtfelder noch einmal gründlich zu überlegen. Die Sozialdemokraten erwiesen jedoch den Kommunisten diesen Gefallen nicht, sondern ließen durch ihren Wortführer erklären, daß für sie der Fall Hirtfelder infolge des Votums der Mehrheit des Landtages, die bekanntlich die Aufhebung der Verordnung des Wohlfahrtsministers abgelehnt hatte, nunmehr erledigt sei. Mit dieser Revision ihrer früheren Haltung bewiesen die Sozialdemokraten ein erfreuliches Einklinken in die Bahn einer gesunden Realpolitik. Sie leisteten sich mit dieser Haltung freilich auch selbst den größten Dienst, da ihre Zustimmung zu dem Mißtrauensantrag den Bestand der Koalition ernstlich gefährdet haben würde. Die Kommunisten aber, die ihre Rolle davon schwimmen sahen, gerieten infolge der Erklärung des sozialdemokratischen Redners in eine furchtbare Wut, die sich in einem wahren Indianergeheul entlud. Dieser ganze Spektakel mit allem Drum und Dran hätte aber überhaupt keine so geräuschvollen Formen annehmen können, wenn sich die Sozialdemokra-

der Friedensmiete begrenzt. Nach Paragraph 3 dieses Gesetzes steht die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. In Anwendung dieser Bestimmung hat das Reichsministerium in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf einer Verordnung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 um 10 v. Hundert und vom 1. Oktober 1927 um weitere 10 v. Hundert erhöht wird. Die Verordnung tritt sofort dem Reichsrat zu.

Um die Aufhebung der Gemeinde-Getränkesteuer.

Berlin, 23. Febr. (Drath & Berl. Redaktion.) Vor Jahresfrist wurde durch ein Reichsgesetz festgelegt, daß die Gemeindegetränkesteuer, die im Jahre 1922 den Gemeinden zugeworfen worden war, mit Wirkung vom 1. April 1927 ab in Wegfall kommen soll. Dieser Beschluß kam damals zustande, weil man gehofft hatte, zu dem angegebenen Termin wäre der endgültige allgemeine Finanzausgleich unter Dach und Fach gebracht, und die Gemeinden hätten einen Ersatz für den Ausfall der an sich recht ergebigen Steuer. Bekanntlich wird es aber vorerst beim vorläufigen Finanzausgleich bleiben, und damit erhebt sich die strittige Frage, ob mit Rücksicht auf den Etat sehr viele Gemeinden die Getränkesteuer jetzt schon restlos befreit werden. In zahlreichen Gemeinden weiß man heute bereits nicht, wie die für soziale und Wohlfahrtszwecke benötigten Mittel beschafft werden sollen. Käme die Getränkesteuer in Wegfall, so müßten andere Steuerquellen erschlossen werden. Dies ist aber ein äußerst schwieriges Problem, solange die Gemeinden nicht das Recht haben, Zuschläge zu der Einkommensteuer zu erheben. Es sind daher im Reichstag lebhafteste Bestrebungen im Gange, einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Voraussichtlich wird man sich auf ein Kompromiß einigen, das wohl dahin geht, daß die Gemeinden ihre Getränkesteuer solange weiter erheben dürfen, bis ihnen durch den endgültigen Finanzausgleich die Möglichkeit eines Ersatzes des entsprechenden Ausfalls in die Hand gegeben wird. Die diesbezüglichen Besprechungen werden wohl schon am Donnerstag ihren Anfang nehmen.

Es ist unrichtig, daß Preußen gar nicht daran denke, auf irgendwelche Kleinigkeiten einen Druck auszuüben, um sie zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit zu veranlassen und ihren Anschluß an Preußen zu erzwingen. Indes steht die preussische Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Länder, wenn sie sich ihre staatliche Selbstständigkeit erhalten wollen, in Zukunft nicht mehr darauf rechnen können, daß ihnen Preußen diejenigen Einrichtungen zur Verfügung stellt, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht erhalten können.

(Zusammensetzung.) Preußen ist daher auch nicht bereit, es sei denn, daß ihm gleichwertige Gegenleistungen gewährt werden. Preussisches Gebiet an solche Kleinststaaten abzutreten, um sie in ihrem selbständigen staatlichen Eigenleben zu stärken. Kommt die Bevölkerung dieser Staaten unter solchen Umständen schließlich zu der Überzeugung, daß es für sie zweckmäßiger ist, sich Preußen anzuschließen, so wird Preußen sich dem nicht verweigern. Auch mit der deutschen Einheitsstaat ist insbesondere im Hinblick auf unsere Verarmung ein erstrebenswertes Ziel. Wenn Herr Petersen jedoch meint, dieses Ziel könne nicht über Groß-Preußen erreicht werden, so erwiedere ich ihm: Ueber mehr auf dem Standpunkt, daß Preußen, das etwa drei Fünftel des Reiches darstellt, in seiner Geschlossenheit und Größe unbedingte Autorität aufrechterhalten werden muß, da es zweifellos der Kern für einen deutschen Einheitsstaat bilden wird, wenn dieser einmal Wirklichkeit werden sollte. (Beifall.) (Zusammensetzung.) Wenn der Hamburger Bürgermeister nun aber gar erklärt, das Ziel Preußens gebe dahin, Hamburg zum Anhang in Preußen zu zwingen, so entspricht auch das keineswegs den Tatsachen und mir ist es unerfindlich, wie ohne Angaben von Beweisen das Staatssozialismus dieses benachteiligten Landes in aller Öffentlichkeit eine derartige unrichtige Behauptung aufstellen kann. In der Großhamburg-Frage handelt es sich nicht, wie Herr Petersen jetzt, den Landtag behauptet, um die Verarmung, sondern um die Verarmung, die Hamburg durch die Verarmung des Reiches einzuverleiben, sondern es handelt sich darum, Hamburgische Expansionsbestrebungen gegen Preußen zurückzuweisen.

Der Hamburger Senat hat in einer Denkschrift am 7. April 1919 insgesamt an preussischen Städten und Landgemeinden gebeten

eine Fläche von 137.238 ha mit rund 1/2 Million preussischer Einwohner verlangt.

(Hört! Hört!) Das hätte die Vergrößerung Hamburgs um 100 Prozent an Fläche und 33 Prozent an Einwohner bedeutet. (Erneutes lebhaftes Hört! Hört!) Unmittelbare Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg seien schließlich abgeschlossen mit einer vom preussischen Reichspräsidenten getroffenen Entscheidung, daß Preußen auf den Aufschub der Fläche und der Einwohnerzahl verzichte. (Hört! Hört!) Es ist nicht möglich, daß aber beide Teile bereit seien, sich von Regierung zu Regierung nachbarlich über ihre Maßnahmen und über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet des Hafnbaus, des General-Verkehrs, des Handels und des Verkehrsweßens zu verständigen. (Hört! Hört!) Preußen müßte die preussische Regierung auf schnellste Verabschiedung der zur Beratung stehenden Vorlagen Gewicht legen. Preußen gebe nicht darauf aus, sich auf Kosten Hamburgs zu vergrößern. Wir sind jederzeit bereit, neue Vorschläge Hamburgs zu prüfen. (Beifall.)

Ministerpräsident Grzesinski bezeugte, daß nach dem Schließen aller Verhandlungsverhandlungen mit Hamburg die Staatsregierung es als ihre selbstverständliche Pflicht ansehe, nunmehr mit eigenen Mitteln und eigener Kraft

den preussischen Randgemeinden im Unterelbgebiet soweit wie möglich zu helfen.

Der Minister begründet dann im einzelnen die Vorlage. Die Staatsregierung könne die Verantwortung für eine solche Lösung aber nur übernehmen, wenn Gewißheit darüber bestehe, daß andere Gemeinden sich auf diesen Vorschlag nicht berufen können.

In der Aussprache stimmten die Redner der verschiedenen Parteien mit Ausnahme des Deutschhannovers und des Kommunisten dem Ministerpräsidenten zu. Die Vorlagen wurden einem besonders gebildeten Großhamburg-Ausschuß übergeben.

Hierauf wurden Abstimmungen vorgenommen. Beim Domänenrat fanden Anträge auf Unterbrechung der durch Hochwasser gefährdeten Domänenbesitzungen, während im übrigen den Ausschussbeschlüssen zum Domänenrat zugestimmt wurde, womit die zweite Lesung dieses Haushalts erledigt war.

Dann folgten die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen die Minister Hirtfelder und Becker.

Daß von den Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister Hirtfelder wegen seiner Verordnungen über die Freigabe gewerblicher Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft eingebrachte Mißtrauensanträge wurden

mit 224 gegen 47 Stimmen der Kommunisten und Wölkischen abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Becker wegen seiner Haltung in der Konfessionsfrage wurde

mit 210 gegen 194 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die Deutschhannovers, die Deutsche Volkspartei, die Wölkischen und die Kommunisten.

Das Haus begann sodann die erste Beratung der neuen Grund- und Gebäudesteuer.

Finanzminister Dr. Hoyer-Wischow brachte die Vorlage ein. Beim landwirtschaftlichen Grundbesitz werde eine gewisse Staffelung vorgeschlagen. Die bisherige starke Staffelung habe eine starke Verarmung der kleinen und mittleren Grundbesitzer gegenüber dem Großgrundbesitz ergeben. Eine noch weitere Senkung sei aber nicht möglich.

Der Entwurf wurde dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgte die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verarmung. Es sprach dazu der kommunistische Vertreter des Reichsrats, der die vollständige Einführung von Futtermitteln fordernde.

Um 16 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Reichshilfe für die Filmindustrie?

Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die deutsche Filmindustrie, insbesondere die Universal-Film A.G. (Ufa), die zum großen Teil ja die deutschen Filme repräsentiert, seit über einem Jahre in einer schmerzlichen Krise befindet. Die Gründe für den Niedergang des deutschen Filmes sind nicht in der Wirtschaft und den künstlerischen Leistungen des letzten Jahres zu suchen, sie liegen viel weiter zurück und dürften hauptsächlich darin zu finden sein, daß die deutsche Filmindustrie es nicht verstanden hat, rechtzeitig mit der übermächtigen amerikanischen Produktion zu patieren. So wurde das wichtigste, was für die Rentabilität eines Filmes notwendig ist, der deutsche Film genommen: die Absatzmöglichkeit. Man glaubte vielleicht, selbst stark genug zu sein, um gegen die Amerikaner anzukämpfen, und betrieb deshalb eine falsche Politik, die zu gewaltigen Verlusten geführt hat. Daß daneben früher in geradermaßen unglaublicher Weise gewirtschaftet worden ist und man das Geld mit vollen Händen ausgab, kann nicht abgelehnt werden.

Es ist anderthalb Jahre her, daß die ersten Zeichen der schweren Krise sich bemerkbar machten; man bemühte sich aber zunächst noch, sie zu vertuschen, anstatt so bald wie möglich an die sozio-ökonomische Reorganisation zu gehen. In jener Zeit wurden die Grundlagen für das Zusammengehen der Ufa mit dem größten amerikanischen Filmkonzern geschaffen. Aber der deutsche Film war schon zu geschwächt, um günstige Vertragsbedingungen auszuhandeln zu können. Es ist übertrieben, wenn man behauptet, daß der deutsche Film an Amerika verkauft worden sei. Das man aber mehr Filme ins Land ließ, als für die eigene deutsche Produktion günstig war, ist Tatsache. Wir haben nicht nur die amerikanische Spitzenproduktion ins Land bekommen, sondern auch die sogenannten Mittelklasse, die die amerikanischen Verleiher die deutschen abzugeben zwangen. Man mag es vielleicht stimmen, daß im allgemeinen der amerikanische Geschmack dem des Weltpublikums entgegenkommt. Bei uns haben die amerikanischen Filme, soweit sie nicht wirklich hervorragende Leistungen waren, keinen Anhang finden können und zu großen Mißerfolgen geführt. Die amerikanische Einfuhr wäre zu ertragen gewesen, wenn in Amerika für deutsche Filme eine entsprechende Absatzmöglichkeit bestanden hätte. Dies ist nicht der Fall. Wohl gelingt es, Filme der deutschen Spitzenproduktion drüber zur Aufführung zu bringen, aber Mittelklasse werden nur in verschwindend geringer Zahl exportiert. Bei den Verhältnissen aber, wie sie sich entwickelt haben, ist eine Rentabilität eines Filmes nicht allein aus dem Inlandgeschäft zu erzielen.

Die schweren Verluste der deutschen Filmindustrie hat man dann dadurch auszugleichen versucht, daß man zu einer erneuten scharfen Kapitalzusammenlegung geschritten ist, außerdem bemüht sich die Industrie, vom Reich eine Unterstützung zu erhalten. Gefordert werden Erleichterungen in der Frage der Investierung, eine Milderung der steuerlichen Belastung, eine Befreiung der Vorzensur, eine Einschränkung der Bestimmungen über die Verwendung von Kindern beim Film und eine Rückzahlung schon geleisteter Steuern, schließlich ein Reichskredit, um den deutschen Filmeport zu geben und besser die ausländische Konkurrenz schlagen zu können und eine besondere Garantie für die Ufa.

Diesen Forderungen mit größter Zurückhaltung zu begegnen, liegt aller Anlaß vor. Mit dem Verlangen, daß die Vorzensur und die Bestimmungen über die Verwendung von Kindern beim Film aufgehoben werden, wollen wir uns hier nicht beschäftigen. Es sei nur bemerkt, daß sie aus triftigen Gründen eingeführt worden sind. Was aber die anderen Forderungen anlangt, so ist es angebracht, auf die Staatsrede des Reichsfinanzministers Dr. Brücker vom 16. Februar zu verweisen, in der er u. a. sagte:

Im Haushaltsgesetz scheint mir die Bestimmung über die Ermächtigung des Reichsfinanzministeriums zur Aufnahme von Garantien recht wichtig. Sie entspricht dem Ergebnis der Beratungen, die im Unterelbgebiet für die Subventionen über die Frage der Reichskredite und Garantien geführt worden sind, und deren Ergebnis auch die Billigung des Haushaltsausschusses gefunden hat. Die Bestimmung ist von drei Gesichtspunkten diktiert, einmal von dem Verlangen auf möglichst weitestgehende Befreiung der Subventionen, das wiederum in der Regel durch Gesetz, also durch den Reichstag, bewirkt werden soll, und endlich von dem Verlangen, daß bei Gewährung von Krediten und Übernahme von Garantien durch das Reich eine ausreichende Sicherung und ein ausreichendes Entgelt für das Reich gefordert wird. Ich kann mich diesen Gesichtspunkten in vollem Umfange anschließen. Eine Subventionierung einzelner notleidender Unternehmungen, praktisch auf Kosten und zu Lasten der wirtschaftlich

gesunden Unternehmungen geht, sehr ich für eine ver-
fehlte Wirtschaftspolitik an. Ich stimme mit
den Grundgedanken der deutschen Wirtschaft darin überein,
dass die öffentliche Hand sich nicht wahllos in der Privatwirtschaft betätigt.

Als der Reichsfinanzminister diese Erklärung ab-
gab, sprach sich bereits das Gerücht um, dass das Reich
die Ufa sanieren solle, die sich schon seit Jahren in
schweren Geldnöten befindet und ihren Banken, ins-
besondere der Deutschen Bank, mit ihren Kreditanprü-
chen recht lästig fällt. In der Hauptsache wird das
Verlangen nach einer Wirtschaftshilfe durch das Reich
damit begründet, dass die Vergütungssteuern zu hoch
sind. Diese erste Wirtschaftshilfe soll zunächst 20
Millionen Reichsmark betragen, und zwar heißt es,
dass das Reichswirtschaftsministerium der Filmindustrie
Exportkredite bis zu 15 Mill. M. zur Verfügung stellen
soll. Von diesem Kontingent sollen 10 Mill. M. der Ufa
und die restlichen 5 Mill. M. der übrigen Industrie
gegeben werden. Außerdem soll sich das Reich dazu
bereit finden, aus der Sanierungsmission der Ufa 5
Mill. M. Aktien zu übernehmen. Die Wünsche der Ufa
sollen weiter dahin, dass die ihr bisher von den Banken
gegebenen Kredite (30 bis 35 Mill. M.) in Höhe von 20
Mill. M. vom Reich garantiert werden. Diesen Wünschen
soll das Reichswirtschaftsministerium wohlwollend gegen-
überstehen. In einem regierungsoffiziösen Kommuniqué
wird allerdings betont, dass noch keine Entscheidung
getroffen und noch keine Forderung gegeben worden ist.

Die Filmindustrie weiß bezüglich der Exportkredite
auf das Verbot der Russkredite hin, die im vorigen
Jahre eingerichtet worden sind und der deutschen
Industrie die Ausfuhr nach Russland erleichtert
haben, insofern das Reich eine Garantie bis zu
300 Millionen M. übernimmt. Aber dieser Vergleich ist
nicht richtig. Denn bei den Russkrediten übernimmt
das Reich mit Rücksicht auf die eigentümlichen Verhält-
nisse in der Sowjet-Union (Warenhandelsmonopol)
eine Garantie für die Sicherheit des Käufern. Beim
Film soll es dagegen eine Garantie für die Abzahl-
fähigkeit der Ware übernehmen, also etwas, was in
dieser Form ganz unmöglich ist. Jede Forderung
beim Film hat einen spekulativen Charakter. Wie
leicht sich mit Sicherheit voraussagen lässt, ob ein Film
Erfolg haben wird oder nicht? Selbst ein künstlerisch
hochstehender Film kann zu einem Misserfolg werden,
wenn die Vertriebsmöglichkeit fehlt. Es besteht schon
jetzt eine beträchtliche Überproduktion von Filmen,
besonders von amerikanischen, das der Inlandsabsatz
auf große Schwierigkeiten stößt. Wie sollen daher erst
deutsche Filme im Ausland untergebracht werden?
Man kann daher gespannt sein, wie sich der Reichs-
finanzminister zu den Wünschen der Filmindustrie im
allgemeinen und der Ufa im besonderen stellen wird.

Wir halten es für nötig, angesichts der von Dr. Köhler
als sehr wenig günstig hingestellten Finanzlage des
Reiches, dass eine solche Unterstützung außeror-
dentlich sorgfältig erwogen und, wenn man sich trotz
aller Bedenken dazu entschließen sollte, die unter
den Bedingungen geknüpft wird, die das Interesse
des Reiches sicherstellen und eine Rentabilität der
unterstützten Unternehmungen gewährleisten. Wir
wünschen, dass die finanzielle Auszahlung des
Reichstages für die Subventionspolitik des Reiches
aufgestellt hat, hier in sorgfältigster Form zur
Anwendung kommen, denn kein Geschäft lässt sich
in seinen Ausgaben so schwer übersehen und in seiner
Rentabilität so schlecht im Voraus kalkulieren wie das
Filmgeschäft. Zum mindesten müsste sich das Reich die
Verträge vorlegen lassen, die zwischen der Ufa und der
amerikanischen Paramount-Gesellschaft, mit der sie in
Interessengemeinschaft verbunden ist, abgeschlossen
sind, und die, wie schon oben bemerkt, für die Ufa
sehr ungünstig sein sollen.

Es ist außerordentlich merkwürdig, dass die Ufa
den, die immer wieder lauten Protest gegen die Ver-
teuerung des Reiches, der öffentlichen Hand, an
wirtschaftlichen Privatunternehmungen erheben, jetzt
plötzlich so große Hilfe leisten, dass die deutsche Film-
industrie unter der gefühlvollen Kontrolle des Reiches
genommen wird. Allerdings sind jetzt die Kredite,
die sie selbst jetzt erhalten haben, in Gefahr,
und das ist die öffentliche Hand als Retterin
in der Not natürlich sehr willkommen.

Die ganze Angelegenheit hat aber noch eine rein
politische Seite. Bei der jetzt so hartnäckig betriebenen
Transaktion hat die Deutsche Ufa, die Ufa, sehr
stark im Spiele, die bekanntlich ein Augen-
berg-Unternehmen ist. Man wird jetzt ver-
gessen in der Jugendberufshilfe („Berliner Sozialange-
legenheit“, „Tag“ und „Nachausgabe“) Protestrufe gegen
die „Tante“ Sozialisierung hören. Umso mehr ist größtes
Misstrauen am Platze. Das fehlt ja noch, dass die
heutige Regierung sich mit einem Kredit bis zu 40
Millionen an einem Unternehmen beteiligt, das in
seiner Art außerordentlich kompliziert ist, damit es
seinen Endes in die Kontrolle des Reichstages
Hugenberg, des bekannten „Mannes im Dunkel“, ge-
spielt würde.

Mit dem Kreditantrag der Filmindustrie wird sich,
wenn die Regierung ihm stattgegeben beschließt,
lebensveränderlich der Reichstag befassen müssen.
Freilich würde der größte Teil der Subvention — 15
Millionen —, die als Garantie für den Film-Export
zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht der Geneh-
migung des Reichstages bedürfen. Die
oppositionellen Parteien kündigen aber bereits in ihrer
Presse die Absicht an, für den Fall, dass die Art der
Subventionierung geplant würde, rechtzeitig zu inter-
venieren und eine Erörterung der ganzen Aktion im
Plenum zu verlangen. Im übrigen würde eine direkte
oder indirekte Subventionsaktion für die Ufa zweifel-
los die Genehmigung durch das Plenum des Reiches
lags nötig haben, da die Bestimmungen im vorliegen-
den Staatsgesetz für besondere Ausnahmefälle auf den
Einzelfall der Ufa in keinem Fall anzuwenden sein
werden. Dagegen sind wir wohl der Meinung, dass die
schwierige Lage der deutschen Filmindustrie dem Ge-
setzgeber Anlass geben muss, nachzuprüfen, ob
der Steuerdruck und die sonstigen finan-
ziellen Belastungen, die auf diesen Unter-
nehmungen ruhen, einer grundsätzlichen Re-
vision bedürfen. Von da ab bis zu einer Finanz-
sanierung durch das Reich ist aber hoffentlich noch ein
recht weiter Schritt. Der Reichsfinanzminister möge an
seine grundsätzlichen Ausführungen in seiner Rede
vom 16. Februar denken.

Einigung zwischen Nord- und Südchina?

Sunshuanfang legt den Oberbefehl nieder.

London, 23. Febr. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Peking meldet: Es verlautet, dass Sunshuanfang sein Amt niedergelegt und den Oberbefehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Li Jiafang gelegt habe. Sunshuanfang, der offensichtlich sein Spiel um Shanghai verloren gibt, soll beabsichtigen, nach Japan zu gehen. Die südchinesischen Truppen haben gestern Tschang, 32 Kilometer südlich Shanghai, erreicht.

Neuer meldet aus Shanghai, der Gouverneur von Schantung, General Tschangkungtschang, ist in Peking eingezogen und hat auf Grund einer Vereinbarung mit Sunshuanfang, der als militärischer Faktor aussteigt, die Herrschaft über die Stadt übernommen. Die Truppen des Generals Tschangkungtschang werden die Bahnlinie südlich von Peking sichern und es dadurch den in Peking eingetroffenen 32.000 Mann der Nordarmee ermöglichen, alsbald an der Verteidigung Shanghais teilzunehmen. Tschangkungtschang ist der Verbündete des Marquises Tschangtschang, des Generalgouverneurs der Provinz Schantung und Herrschers der Provinz Peking. Tschangkungtschang scheint allerdings auch kein großes Vertrauen in die Kampfkraft seiner Truppen zu haben; denn es wird berichtet, dass er versuche, mit dem südchinesischen Oberkommandierenden ein Abkommen dahin zu schließen, dass die Provinz Kiangsu, zu der auch Shanghai gehört, von Truppen freibleibe, er selbst zum Gouverneur dieser Provinz gemacht wird und fünfzig die Einkünfte Shanghais mit den Südsinesen teilt. Es soll bereits zu einem Einverständnis zwischen den beiden gekommen sein. Shanghai als neutrale Zone zu behandeln. Nach anderer Meldung sollen diese Verhandlungen mit dem Vertreter von Nanking im Auftrag Tschangkungtschangs selbst geführt worden sein. Das würde die Einigung zwischen Nord- und Südchina bedeuten.

Vor dem Einrücken der Nordtruppen in Peking erklärte Sunshuanfang in einer in Peking abgehaltenen Versammlung chinesischer Notabeln unter Tränen, nur der Verrat seiner Offiziere sei die Ursache seiner Niederlage. Der Armee Tschangkungtschangs soll eine russische Brigade angehören, in der sich 1500 europäische Russen befinden.

Wie weiter aus Shanghai gemeldet wird, befindet sich die Stadt Peking, ihr letztes Bollwerk in der Provinz Schantung, aufgegeben haben. Seine Truppen sind in die Stadt eingedrungen, die unter den Forderungen der Sunshuanfang-Truppen ungeschert gelitten hat. Die verwaistete Soldateska erprete nicht nur von den Russen der Stadt 300.000 Dollar, sondern steckte sogar Teile der Stadt in Brand.

In Shanghai selbst ist eine gewisse Beruhigung eingetreten, nachdem sich der chinesische Verhandlungskommissar dem Druck der ausländischen Mächte gebeugt und seine Blutherrschaft eingestellt.

Veränderung im Peking Kabinett.

London, 23. Febr. Der Peking-Korrespondent der „Daily News“ will wissen, dass Dr. Wellington Koo seinen Posten als Premierminister und Finanzminister endgültig niedergelegt habe. Wang Shih Yi sei von der Mandchurischen Partei zum Premierminister ernannt.

Neue Besprechungen in Hankau.

Hankau, 23. Febr. Tschen und O'Connell hatten neue Besprechungen über die Einzelheiten der Liquidierung der Geschäfte des britischen Konsulats, entsprechend dem am Sonntag unterzeichneten Abkommen.

Einrichtung des chinesischen Vizepräsidenten der Otscha.

London, 23. Febr. „Daily Mail“ meldet aus Charkow: Der chinesische Vizepräsident der chinesischen Otscha, General Tscho, wurde unter der Aufsicht des Otscha von Moskau empfangen und eine Revolution in Charkow geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Die englische Note an Russland.

London, 23. Febr. Die heute überreichte Note Chamberlains an den russischen Gesandten in London erklärt, dass die Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland weiterhin normal und friedlich sind. Die Note erinnert daran, dass am 4. Juni 1923 die Sowjetregierung sich durch eine Vereinbarung formell verpflichtet hat, in keiner Form Personen oder Körperlichkeiten zu unterstützen, die Unzufriedenheit oder revolutionäre Bewegungen innerhalb des britischen Reiches hervorzurufen suchen, und dass die britische Regierung MacDonald im Oktober 1924 bereits sich verpflichtet gesehen hat, diese Abmachung der russischen Regierung während in Erinnerung zu rufen, sowie daran, dass auch Chamberlain sich mehrfach verpflichtet gesehen habe, dem Sowjetvertreter in London auf Verlangen dieser Abmachung hinzuwirken. Solange die gegenständlichen Herrscher der Sowjetunion, so fährt die Note fort, mögen sie Mitglieder der Regierung oder Mitglieder des Politbüros sein, das die wirklich beherrschende Autorität in Russland ist, haben sie die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln, die sich aus der Abmachung von 1923 ergeben, und zu Gunsten einer Revolution zu machen, ist keine Verbesserung möglich.

Das Reichswehrministerium und Sowjet-Russland.

Berlin, 23. Febr. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen und beschäftigte sich zunächst mit dem deutsch-litauischen Handelsvertrag. Im weiteren Verlauf der Sitzung fand eine allgemeine Aussprache über die deutsch-russischen Beziehungen statt. Die Verhandlungen, an denen auch Reichswehrminister Dr. Gessler teilnahm, trugen einen streng vertraulichen Charakter.

Über die Besprechung, die sich um die sozialdemokratische Seite aufgestellten Behauptungen über Beziehungen zwischen Reichswehrministerium und gewissen Stellen der russischen Sowjetrepublik drehte, will die „Vossische Zeitung“ folgendes berichten können: Aus den Darlegungen des Staatssekretärs v. Schubert und des Reichswehrministers Dr. Gessler ergab sich, dass alle Verbindungen nach Sowjetrussland liquidiert seien und dass es sich bei den von sozialdemokratischer Seite veröffentlichten Dokumenten lediglich um letzte Liquidationsmaßnahmen handele.

Die Aufnahme in Vorschulen.

Berlin, 23. Febr. (Draht). Die Zentrumsfraktion hat im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage über die Aufnahme in die Vorschulen gestellt. Der Reichstag hat bekanntlich in dritter Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, der die privaten höheren Schulen erst dann zum Abzug ihrer Vorschulen befähigt, wenn die Einschulungslage ihre gesetzliche Regelung gefunden hat. Da diese Vorbestimmung vor Oktober 1927 nicht verwirklicht werden kann, so werden die höheren Schulen die Neuaufnahme für das neue Schuljahr nicht bewerkstelligen können. Es wird angeregt, ob das Staatsministerium bereit ist, die entgegenstehende Verfügung des Ministers aufzuheben und auch denjenigen privaten Schulen, die ihre Unterstufen bereits vorzeitig abgebaut haben, die Wiedereröffnung der Unterstufen zu gestatten.

Strafmaßnahmen für das besetzte Gebiet.

Berlin, 23. Februar. (Draht. v. Berl. Redaktion.) Am Donnerstag fanden in einem internationalen Ausschuss der Regierungsparteien Besprechungen über Unternehmungen in China statt. Die Besprechungen waren Reichsfinanzminister Dr. Gessler und Reichswehrminister Dr. Gessler teilnehmend. Von den vier an der Sitzung beteiligten Fraktionen wurde beschlossen, dass die Unternehmungen in China, die auf diesen Unternehmungen ruhen, einer grundsätzlichen Revision bedürfen. Von da ab bis zu einer Finanzsanierung durch das Reich ist aber hoffentlich noch ein recht weiter Schritt. Der Reichsfinanzminister möge an seine grundsätzlichen Ausführungen in seiner Rede vom 16. Februar denken.

Soebisch über die Haltung der Deutschnationalen.

Paris, 23. Febr. Der Berliner Sonderberichterstatter der „Soi“ veröffentlicht heute die ihm gegenüber abgegebenen Erklärungen des Reichstagsabgeordneten Prof. Soebisch, worin dieser sagte: Die Deutschnationale Volkspartei ist für Annäherung aller europäischen Staaten. Die Deutschnationalen haben keine feindseligen Empfindungen gegenüber Frankreich. Aber mit der Besetzung der Rheinlanden können sie sich nicht abfinden. Die deutsch-französische Annäherung ist unerlässlich für die Stabilität in Europa. Die Deutschnationalen wollen entschlossen für die Entlastung der unter der Bedingung, dass die deutsche Entlastung von deutschen Forderungen über die Regelung der Schulden zwischen den Staaten, die miteinander im Kriege standen, muss realisiert werden. Diese Revolution wird ebenso auf Annäherung der Deutschnationalen hinwirken. Seine Partei würde einen Vorschlag annehmen, der die Deutschnationalen auf die Republik hinzieht. Die Republik ist eine Tatsache. Wir beabsichtigen nicht, die Regierungsform durch einen Gewaltstreich zu ändern. Wenn das Volk das Regime trennen will, können wir ihm nur folgen.

Die Deutschnationalen gegen Göring.

Berlin, 23. Febr. Im Preussischen Landtag ist eine deutsch-nationale kleine Anfrage eingegangen, die auf Ausführungen des Oberpräsidenten Göring vom 20. Februar in einer Magdeburger Reichstagsversammlung Bezug nimmt. Pressenachrichten zufolge habe Göring u. a. gesagt: Der Eid eines Monarchen auf die Republik ist entweder ein Verzug an den Wählern oder aber ein Verzug an der Republik, aus Unfähigkeit geleistet, mit dem Streben nach der Autokratie. Das Staatsministerium wird nach der Unterbrechung mit dem Reichstag des Innenministers über das Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung der Beamten für vereinbar hält und wenn nicht, was es endlich gegen den Oberpräsidenten Göring zu veranlassen gedenkt?

Zur Verhaftung der Gendarmen in Winden und Steinfeld.

Schwerin, 23. Febr. Die Verhaftung der Gendarmen in Winden und Steinfeld in der Wälsch, die gestern durch französische Militär erfolgte, ist auf folgende Vorgänge zurückzuführen, die sich am 16. Febr. in Rastow ereigneten. Eine Gruppe von 17 jungen Reuten, die sich für die französische Fremdenlegation verpflichteten hatten und unter Verhaftung eines französischen Soldaten in Zivil nach Rastow führten, wurden von der deutschen Gendarmerie verhaftet und nach Rastow gebracht.

gebracht, weil man unter diesen Reuten Redakteure, die verhaftet werden konnten, vermutete. In Rastow wurde man unter ihnen drei Redakteure verhaftet, darunter einen Schwerverbrecher. Der französische Soldat verlangte sich, den deutschen Gendarmen seinen Personalausweis zu zeigen, worauf diese ihn in Rastow aus dem Zug setzten. Die Verhaftung der deutschen Gendarmen wurde in Winden und Steinfeld ebenfalls auf die Angelegenheit dieses Soldaten hin.

Eingreifen des Reichskommissars.

Berlin, 23. Febr. Über die tatsächlichen Vorgänge, die gestern in der Wälsch zur Verhaftung zweier Stationskommandanten durch die Franzosen führten, trifft der Reichskommissar zur Zeit die notwendigen Feststellungen. Es hat den Anschein, dass die Festnahme mit dem Vorhaben der betreffenden Gendarmen gegen die Werbung zur Fremdenlegion in Zusammenhang steht.

Der Übermut der Rheinlandbesatzung.

Trier, 23. Febr. Auf einem Spaziergang wurde in nächster Nähe der Stadt von einem Gerätemagazin einer vorüberziehenden französischen Infanterieschwadron ein Schuss abgegeben, der anschließend den harmlosen Wanderer erschoss. Die Anklage, dass einige Schritte vor ihm in einen Baum. Ob dieser tödliche Schuss tatsächlich dem Deutschen galt, ist nicht sicher. Die Besatzung der Rheinlande, die diesem Vorfall einen gewissen Übermut und wieder einmal die Unmöglichkeit der Rheinlandbesatzung.

Die französischen Truppen im Saargebiet.

Paris, 23. Febr. Wie der Berichterstatter der „A.“ in Genf erfährt, enthält der beim Völkerverbund sekretariat eingetragene Bericht der Regierungskommission des Saargebietes über die Frage der französischen Truppenbesetzung, der in der Märztagung des Rates zur Verhandlung stehen wird, folgenden Kompromissvorschlag: Die französischen Truppen würden offiziell das Saargebiet verlassen, aber 800 Mann zur Sicherung des Durchgangsverkehrs der Truppen aus dem besetzten deutschen Gebiet im Saargebiet zurückgelassen werden. Diese 800 Mann würden jedoch als internationale Polizeitruppe organisiert und uniformiert werden. Außerdem sollte die Regierungskommission auf die in der Nähe des Gebietes stationierten französischen Truppen im Falle der Rückkehr der Regierungskommission aufgenommen werden.

Wie der genannte, meist gut unterrichtete Korrespondent außerdem meldet, ist zu erwarten, dass in der wichtigen Frage der Rückführung der Regierungskommission der Rat nicht in voller Erkenntnis seiner Aufgaben, sondern in einer diplomatischen Kompromissatmosphäre arbeiten wird. Schon hört man in Genf, dass man auf die Möglichkeit, dass der Saarländer Gohmann die Präsidentschaft zu geben, und es scheint, dass man auch nicht geneigt ist, den Belgier Lambert, der bisher Frankreich die Mehrheit sicherte, zugunsten eines Neutralen zu opfern. Wahrscheinlich bereitet sich aber ein Zusammenschluss vor, derart, dass man den Saarländern die Erhebung Lamberts durch ein anderes Mitglied gestattet, dafür aber keinesfalls einen Saarländer zum Präsidenten machen würde. An Stelle von Sieghart wäre in diesem Falle eine ebenfalls dem britischen Weltreich angehörende Persönlichkeit als Mitglied und auch als Präsident der Kommission in Betracht. Daneben wird in Genf aber auch von dem tschechischen Mitglied als Präsident gesprochen, eine Lösung, die nach allem, was man weiß, im Saargebiet keineswegs erwünscht ist.

Deutsches Reich.

2 Millionen für den Bau von Kleinbahnen. (Berlin, 23. Febr.) Das Staatsministerium hat dem Landtage einen Gesetzentwurf über den Bau von Kleinbahnen zur Förderung des Verkehrs von Kleinbahnen zu drei Millionen bereitgestellt werden sollen.

Dr. Riß verzichtet auf seine Ernennung zum Minister in Sachsen.

Dresden, 23. Febr. Der ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Riß hat an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der Haltung der sächsischen Regierung, die den sächsischen Landtag und in der sächsischen Regierung ohnehin schon stark bestehende Schwierigkeiten nur noch hinzufügen würde, ihn aus persönlichen und politischen Gründen bitten, von seiner Ernennung zum Minister des Innern abzusehen zu wollen.

Ablehnung des Hausplans in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 23. Febr. Bei der Schlussabstimmung über den Hausplan für 1927/28 im Hauptauschuss des Landtages wurde heute der Hausplan abgelehnt durch die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Sozialisten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten. Voraussichtlich tritt der Landtag am Dienstag, den 1. März, zusammen, um die Lage zu klären.

Wambitz-Laquehay Sieger im Breslauer Gethälrenrennen.

Berlin, 24. Februar. Unter großer Teilnahme des Publikums ging das 4. Breslauer Gethälrenrennen zu Ende. Eine bestechende Fahrweise legte am letzten Tage von Kempen an den Tag, der für seine Stallgefährten Wambitz-Laquehay Tage machte.

Das Endergebnis:
1. Wambitz-Laquehay 521 P. 2. Kroll-Melche 400 P. 1. Runde zurück: Bauer-Ries 601 P. 2. Runde zurück: 4. von Kempen-Melch 742 P. 5. Stupinski-Junge 520 P. 6. Bongard-Wehren 371 P. 3. Runde zurück: 7. Fela-Hollend 470 P. 4. Runde zurück: 8. Kroll-Melche 420 P. Zurückgelegt wurden: 3889,440 Km.

H. Wagener - Larsen unentschieden.

Hamburg, 24. Februar. Im Kampf der Mittelgewichtler sollte Domagala gegen den Bayreuther Wenzel Argente (Frankreich) einen knappen Punktsieg heraus.

1. Aus der
abend 8.30 Uhr
vereins St. Pa
Vertrauensper
Der Vorsitzende
Erklärungen u
auf die politi
Bahlen des Be
Rechnat gehab
durch Wahlen
parlamentarisch
Unser viel fr
verschiedenen S
wie es hier un
seines Charakte
recht kommt no
Berlinerung
man ebenf
einer Vereinig
Auf den Gebie
Verhandlungen
erzucht worden
änderung gege
sprechen kann
verschuldet die
den Kuchkamp
Zusammenbruc
demokratischen
wehministers
eine lang ande
in dieser 3
sich hing zurück
weder Bildung
linien als Grun
gestellt und ba
linien annehm
das wir jetz
erzucht haben
und das Kapite
Parlament. —
den durch Frau
Bericht über
partei nach ma
dass der ganz
Dr. Wirth sich
sprechen habe
herigen Politik
ging der Politik
liber. Zun
differenz in
allen bewegun
verschlossenen
führen, das e
Leute gebe, m
städtische Verh
Hauptarbeit in
erster und letz
ganz sicher nich
über so viel ne
von den wicht
inerte dann au
werde in Bode
Stabilität der
sehen ist. Aus
gaben ein Drit
die Stadt vor
kann wirklich
weder ausgebe
das infolgedes
Stadt am Ende
nahm hätte als
werde von einer
geprüft; die in
zum Schluss
geschichte des
wohnung für
holenders eifr
französischen
Ausführungen
bei im Zukun
Hauses die Wob
Sitten darauf
gezielten Wob
nach das Bauw
wurde lobend e
trieb, vor allen
und zu fördern
anregend verla
schlossen.

07. Minn
Rocholt hatte
theater Minister
wurde Befähig
bis auf den jet
Thema für eine
Minn von Be
Kunstspiel, und
nach, ist die heu
Wahl heißt den
politale Haus, u
krassen glasklar
Bericht des Post
doch mehr posit
beisammen selbst
die Aufführung
Das macht vor
den schlagkräftig
nen, kommt d
hinzu, das die
stisch herauszu
sprudeln. Tem
vermag, wie da
ist der Erfolg ge
wunder getan
veranlassen, un
heute wie für M
Angelegenheiten
Aufsicht nicht
Gesamtstellung
Vorzüge des Spi
Einzelstellung
menwirken der
Schließlich soll
auch nicht eigen
lassen, sondern
behalten und be
terisierende Geb
wollen auch Min
überhöht, über
geben konnte: e
Leistung. Wen
wird, fallen die
heute durch S
i. Humand
ist an dieser
normiert hat
von der Reichs
Schließung der
Den Fahrplan
Strecke haben w

Bocholt, den 24. Februar 1927.



der Reisebahn beabsichtigten Entfernung oder
hebung der Schranken auf der Strecke Wesel—Eagolt.
Fahrplan für den Sonderzug zur Befichtigung der
Bauarbeiten haben wir in unserer gestrigen Nummer veröffent-

in einer kurzen Begrüßungsansprache wies Bürgermeister Rißler auf die Bedeutung des Tages hin und ließ den neuen Führer der kath. Pfarrgemeinde willkommen. Herr

dem Deutschen
HERTEL

[illegible]

Seinz. de Waen,
Saltern.



Schallp. a. ten
Habe einige noch
sehr gut erhaltene
Platten
billig abgegeben.
Daher! ein
Hund (Borer)
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Mädchen
für Küche u. Haus
geucht.
Näh. Osterstr. 18.
Ein sauberes

Mädchen
für Küche u. Haus-
arbeit, welches in-
derlich sein muß, u.
sofort geucht. Kenn-
nisse im Nähen er-
wünscht. Offerten
mit Zeugnisabschrei-
ben unter C. 1114 an
die Geiselt. erbeten.

Tüchtiges
Mädchen
vom Lande, nicht
unter 18 Jahren,
für Küche u. Haus-
arbeit geucht. Ge-
botes muß auch mel-
den können.

Seiner. de Waen,
Häbren.
Tel. 48. Kassa

